



Brigitte Zypries
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon 030 227 – 74099
Fax 030 227 – 76125
E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Berlin, 28. Mai 2014

**Große Koalition will weitere neun Milliarden Euro
in Bildung und Wissenschaft investieren**

Brigitte Zypries MdB begrüßt Einigung zur Bildungsfinanzierung

Die Darmstädter Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries (SPD) begrüßt die Einigung der Parteivorsitzenden von CDU, SPD und CSU zur zukünftigen Bildungsfinanzierung: "Nach dem Mindestlohn und mehr Gerechtigkeit bei der Rente kümmern wir uns nun um mehr Chancen und Perspektiven für die junge Generation. Denn Zukunft braucht Investitionen. Es geht um insgesamt neun Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft, die der Bund zusätzlich aufwenden wird. Damit setzt er ein wichtiges Signal für die Zukunft Deutschlands."

Die Verständigung der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD auf die Verteilung der im Koalitionsvertrag vereinbarten neun Milliarden Euro beinhaltet die Übernahme der BAföG-Kosten und die institutionelle Hochschulförderung durch den Bund, sowie Investitionen in die außeruniversitäre Forschung und in den Ausbau von Krippen und Kitas. "Die Länder gewinnen allein durch die Übernahme der BAföG-Kosten Spielräume für Investitionen in Schulen und Hochschulen von jährlich rund 1,17 Milliarden Euro – und zwar dauerhaft und schon 2015", freut sich Zypries.

Pressenmitteilung



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74099

Fax 030 227 – 76125

E-Mail: brigitte.zypries@bundestag.de

Die Einigung sieht auch die Fortführung der drei Bund-Länder-Programme Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation vor. "Die Fortsetzung des Hochschulpaktes von Bund und Ländern stellt sicher, dass auch weiterhin all diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, die gleiche Chance auf einen Studienplatz haben", so Zypries. "Wir brauchen aber auch wissenschaftliche Kooperation und Innovation – dafür ist mehr Planungssicherheit für die Hochschulen nötig. Damit sich der Bund künftig dauerhaft direkt an der Hochschulfinanzierung beteiligen kann, werden wir auch das Kooperationsverbot im Grundgesetz lockern."

"Für den Forschungsstandort Darmstadt sind das tolle Nachrichten, die sich unmittelbar bemerkbar machen werden", ergänzt Brigitte Zypries und erklärt abschließend: "Sonntagsreden helfen jungen Menschen nicht weiter. Darum packen wir an und investieren in unsere Zukunft. Mit der Einigung hat diese Koalition für die Bildung und Wissenschaft strukturell und langfristig bereits jetzt viel erreicht."

Pressemitteilung